

Regionalentwicklung braucht Quartierentwicklung

Sachliche Zwänge für mehr regionale Zusammenarbeit

Seit fast 200 Jahren haben wir Bund, Kantone und Gemeinden als staatliche Institutionen. Deren Aufgaben haben sich in dieser Zeit massiv gewandelt, sowohl qualitativ wie quantitativ. An der grundsätzlichen Aufgabenteilung zwischen diesen Ebenen hat sich indessen wenig geändert. Der institutionelle Rahmen widerspiegelt in seinen Grundzügen immer noch Aufgabenkreis und Bewusstsein der Menschen im 19. Jahrhundert. Beispiel Verkehr: der Bahnhof Zürich entstand 1847 auf einem freien Feld ausserhalb der Stadt. Die Fahrt von Zürich nach Altstetten war Fernverkehr. Heute, mit der enorm gesteigerten Mobilität, hat sich der Aufgabenkreis nicht nur quantitativ und qualitativ, sondern auch geografisch enorm ausgedehnt. Ortsentwicklung, Verkehr, soziale Aufgaben, Steuer- und Finanzpolitik, Kultur, Bildung, Versorgung und Entsorgung - überall da werden Gemeindegrenzen immer obsoleter. Parallel hat sich aber auch das Bewusstsein für diese Zusammenhänge mehr und mehr entwickelt. Einerseits behilft man sich im Status Quo mit verschiedenen Zusammenarbeitsformen, z.B. Konkordaten etc., die sich aber der direkten demokratischen Kontrolle weitgehend entziehen. Andererseits brennt seit Jahren in unterschiedlicher Intensität die Flamme der Regionalstadt, was immer darunter konkret auch verstanden werden kann. Mit Traktandum 1 lodert sie wieder etwas mehr. Wer rational und mit Gemeinsinn denkt, das heisst, wer aus den bestehenden Grenzen nicht Privilegien zieht, muss für diese Diskussion offen sein. Es ist ganz klar: die zunehmenden regionalen, nationalen und internationalen Abhängigkeiten rufen nach breiter abgestimmten Problemlösungen, im regionalen Massstab nach Gemeindefusionen.

Quartierpolitik und Gemeindefusionen: siamesische Zwillinge

Ein Hindernis für eine unvoreingenommene Diskussion ist das - trotz des gewachsenen Bewusstseins für überörtliche Zusammenhänge - weiterbestehende Bewusstsein für den unmittelbaren Lebensraum der Menschen. Das ist verständlich, denn in ihrer Umgebung leben sie, heute wie vor 150 Jahren. Fusionierte Gemeinden sind grössere Gebilde. Viele Leute haben deshalb Angst, "man habe weniger zu sagen", "in der Masse unterzugehen". Identitätsverlust und ein Gefühl der Ohnmacht machen sich breit. Die Identifikation mit dem grösseren Gemeinwesen leidet. Die Ablehnung von Zusammenschlüssen zu grösseren Gemeinden nimmt zu. Ob begründet oder nicht, diese Angst muss ernst genommen werden. Je (grössenmässig) ungleicher die Partner, desto grösser die Bedenken beim

Kleinen. Aber auch viele EinwohnerInnen der grösseren Gemeinde scheuen oft die Integration von Tausenden weiterer MitbürgerInnen.

Will man Fusionen von Gemeinden anstreben, dann muss dies zwangsläufig durch eine schlaue Quartierpolitik flankiert werden. Wenn die Quartiere mehr Bedeutung erhalten, fühlen sich die BewohnerInnen auch in einem grösseren Gebilde weiterhin zu Hause. "Wenn die Gemeinde nach oben verweist, muss unten etwas nachgeschoben werden."

Öffentliche Aufgaben sollten stufengerecht angegangen werden

Es stimmt, für die Lösung vieler Probleme sind grössere Einheiten vorteilhafter: Verkehr, Raumplanung, Finanzen, Zentrumsfunktionen, Sozialleistungen etc. Aber: für einige gesellschaftliche Aufgaben sind eher kleinere Einheiten optimal (soziale Netze, Quartiersversorgung, Kultur, Plätze, gesellschaftlicher Zusammenhang etc.). Das führt zwingend zur Vorstellung, "die Gemeinde" nicht als die für alles zuständige Einheit zu betrachten. Im Gegenteil: je grösser die Gemeinde, desto fremdbestimmter erscheinen quartierwirksame Entscheide.

So wie gewisse Aufgaben stufengerecht von Bund, Kanton und Gemeinde wahrgenommen werden, sollte es in grösseren Gemeinden auch auf Quartierebene gewisse Mechanismen und Institutionen geben, die Aufgaben wahrnehmen, die besser dort angesiedelt sind. Je grösser eine Gemeinde, desto eher. Stadtentwicklung ist auch Quartierentwicklung.

Gefordert: eine Aufwertung des Quartiers

Die Quartiere haben in Baden und auch in andern Gemeinden seit langem eine grosse Bedeutung. In jedem Quartier gibt es einen Quartier- oder (aus historischen Gründen im Falle von Dättwil und Rütihof) einen Dorfverein. Stadtrat und Quartiervereine tauschen sich in Baden aus. Aber: es ist ein Kontakt von Fall zu Fall, basierend auf dem Goodwill der Beteiligten. Für potentielle neue Stadtquartiere ist das alles andere als eine Garantie für den Erhalt ihrer Identität. Die Quartiere brauchen gewisse institutionelle Sicherheiten, damit sie sich als wichtiger Partner wahrgenommen fühlen. Wie könnte eine Aufwertung der Quartiere aussehen? Einige Beispiele:

- Verstärkung der Identifikation mit dem Quartier: jedes Jahr erhält der Quartierverein ein kleines Budget, z.B. pro Einwohner zwischen 4 und 8 Franken. Das Geld soll für Anliegen der Quartiere eingesetzt werden können. Das kann für ein Quartierfest sein, für die Verschönerung eines Platzes, ein Kunstobjekt an einem öffentlichen Ort, Unterstützung des Quartierladens etc.

- Einbezug der QuartierbewohnerInnen bei Tiefbauprojekten, Schulprojekten, sozialen Einrichtungen etc.
- Die Quartiere erhalten eine für sie zuständige Person im Stadtrat als Ansprechperson, an die sie jederzeit (nicht nur bei den Treffen mit dem gesamten Stadtrat) gelangen können.

Natürlich erhalten die Quartiervereine dadurch eine wichtigere Stellung. Deshalb sind an ihre Repräsentativität gewisse Anforderungen zu stellen.

Anforderungen an die Quartiere und die Quartiervereine

Die Quartiere werden zu einem wichtigen Teil des Stadtlebens. Deshalb sind an die Repräsentativität der Quartiervereine und ihrer Entscheide gewisse Anforderungen zu stellen. Damit sie Gelder der Stadt für eigene Projekte erhalten können, müssen sie deshalb gewisse Kriterien erfüllen:

- Mindestens x Prozent der Bevölkerung müssen Mitglied des Quartiervereins sein und den Mitgliederbeitrag bezahlen, z.B. 10 - 20% aller EinwohnerInnen
- Die Projekte, für die Geld beantragt wird, müssen demokratisch von der Mitgliederversammlung beschlossen werden. Idealerweise schlägt der Vorstand des Quartiervereins mehrere Projekte vor, unter denen das beste ausgewählt wird
- Die Mitgliederversammlung, die ein solches Projekt beschliesst, muss von mindestens x % der Mitglieder (z.B. 30%) besucht sein.

Auf diese Weise besteht eine gewisse Gewähr, dass der Hauptzweck, die Aktivierung der Quartierbevölkerung erreicht wird. Denn das für die Quartiere eingesetzte Geld soll das Interesse für das Quartier und die Teilnahme am Quartierleben in der Bevölkerung wecken.

Ein Baustein für grössere Gemeinden

Mit einer Stärkung der Quartiere dort, wo sie eine sinnvolle Funktion übernehmen können, kann die Bereitschaft der Bevölkerung, in Zukunft auch Gemeindefusionen ins Auge zu fassen mit Sicherheit gefördert werden.

Peter Marti, Baden Rütihof